

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jennowitz, 5909, Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 211 B

BERLIN • Donnerstag, den 8. September 1932

1. JAHRGANG

# Notverordnungsarbeiter kosten 10,7 Pf. pro Stunde.

## Sondergerichtstechnik gegenüber nationalsoz. Mördern / s. 3.

### Die Vorbereitung des Krieges

W—er. In Kiel haben die Luftschützer mit allem Drum und Dran einen großen Rummel für Schleswig-Holstein begonnen: Verdunkelungen, Vernebelungen u. s. w. In einer Kundgebung des Deutschen Luftschutzverbandes wurde interessanter Weise auch die

#### internationale Solidarität der Arbeiter

erwähnt, die angeblich einen Krieg nicht verhindern könne, weil — durch einen Proteststreik ein Bombardement durch feindliche Flieger nicht ausgeschlossen werden könne. Dem Herrn Vorstandsmitglied des Verbandes ist offenbar noch nie bekannt geworden, daß man gegen Verbrecher auch anders vorgehen kann als mit Proteststreiks!

Was dieser famose Herr sich über die Arbeiterschaft ~~ausgesprochen hat~~ gilt aber entsprechend auch für den ganzen Verdunkelungs-Kohl: Auch in „einer“ verdunkelten Stadt kann man Bomben werfen — und am Tage kann man höchstens Schutz in der Vernebelung der Städte suchen. Aber eine Stadt wie Berlin etwa am hellen Tage so in künstlichen Nebel zu hüllen, daß ein Flieger sie nicht findet — daß eine solche Möglichkeit besteht, das kann man nur Leuten weismachen, die vorher durch eine wirklich gründliche Vernebelung gegangen sind, durch eine Vernebelung, gegen die nicht nur Flieger, sondern auch die Götter machtlos sind. Diese Vernebelung — ohne Nebelbomben — nahm unter anderem der Admiral Hansen vor, der zunächst wieder einen Haufen von Vertretern der beteiligten Reichs- und Landesbehörden begrüßte. Die Hauptnebelbombe warf er dann ab, als er auf eine besondere Seite dieser Luftschulübungen hinwies:

Die Übung hat nämlich „auch hohe ideelle Bedeutung, weil sie alle deutschen Männer und Frauen zusammenführt zu einer Schicksalsgemeinschaft im Dienste des Vaterlandes“.

Da haben wir's: Die hohe ideelle Bedeutung und die Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen! Was ist das eigentlich für ein Schicksal, das durch die Luftschutzalbernheiten verhindert werden soll? Das erzählte in einem Lichtbildervortrag der Herr Kapitän zur See von Bredow, der, wie die Kriegsberichte aus Kiel lauten, „die Idee entwickelte, die der Übung zugrunde liegt“: Man betrachte Deutschland seit dem 1. September als im Kriegszustand sich befindend mit einer „roten Ostmacht“, zu der seit dem 3. September eine „gelbe Westmacht“ hinzugezogen sei. Und nun folgt der ganze Spuk, der ehemaligen Soldaten aus dem von Offizieren geleiteten Unterricht her bekannt ist und der für andere dadurch gekennzeichnet ist, daß hier die Abwehrmaßnahmen gegen „den Feind markiert“ werden. Diese Hetzreden, nach denen ein Krieg mit roten Ost- und gelben Westmächten unvermeidbar ist, gehören einfach als ein strafwürdiges Delikt ins neue Strafgesetzbuch aufgenommen.

Die von den interessierten Militärs verübte Auflockerung der Kriegseidenschaft wird unterstützt durch eine nationalistische Presse,

die von Frankreich und Polen (also den gelben und roten Angreifern) nur im chauvinistischen Ton redet und schreibt. Wenn man z. B. die „Berliner Börsen-Zeitung“ oder den „Tag“ liest, meint man, Deutschland befände sich überhaupt im Kriege mit Frankreich und Polen. Diese Zeitungen haben von der Verantwortung der Presse zur Bildung einer öffentlichen Meinung im Interesse der Völkerversöhnung nichts begriffen.

Leider ist aber auch

#### die Presse der Arbeiterschaft

in diesem Punkt alles andere als auf der Höhe. Auch hier ist immer noch die Rede von „den“ Franzosen und „den“ Polen. Und die ganze Schreiberei der „Roten Fahne“ und überhaupt der ganzen kommunistischen Presse über den „räuberischen“ Young-Plan, den „der französische Imperialismus“ über Deutschland verhängt habe, und der noch tollere Rummel um Scheringer, den man das dümmste

### Wirkungen der Notverordnung in Zahlen.

Rpt. Wir wollen an einigen einfachen Beispielen vorrechnen, welche Wirkungen die durch Notverordnung verfügten Tariflohnsenkungen und Beschäftigungsprämien auf die Kaufkraft der Arbeiterschaft und die Rentabilität der Unternehmungen haben.

Wir lassen dabei der Einfachheit halber Sozialbeiträge und Lohnsteuer außer Acht. Da nur beschäftigte Arbeiter Sozialbeiträge und Lohnsteuer bezahlen, wird sich das im folgenden roh gezeichnete Bild in der Wirklichkeit meist noch zu Ungunsten der Arbeiterkaufkraft verschieben. Andererseits wird die Verbilligung der Arbeitskraft für den Unternehmer bei Mehrreinstellung von Arbeitern und gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit nicht ganz so groß sein, wie unsere Rechnung ergibt, weil bei Verkürzung der Arbeitszeit auf die Arbeitsstunde etwas mehr Unternehmerbeiträge zur Sozialversicherung entfallen als vorher.

Noch zu den Grundlagen unserer Berechnung:

1. Die zulässige Unterschreitung der tariflichen Lohnsätze für die 31. bis 40. Wochenstunde beträgt bei einer Vermehrung der Arbeiterzahl um

mindestens	5 Prozent	10 Prozent
„	10 „	20 „
„	15 „	30 „
„	20 „	40 „
„	25 „	50 „

2. Die Beschäftigungsprämie für zusätzlich eingestellte Arbeiter beträgt vierteljährlich 100 Mark, also wöchentlich 7,70 Mark.

Nun drei einfache Beispiele: Bei den ersten beiden bleibt die Wochenarbeitszeit unverändert 40 Stunden, beim dritten wird sie von 48 auf 40 Stunden herabgesetzt.

#### Vor der Notverordnung:

100 Arbeiter je 32 M. Wochenlohn . . . . . insgesamt 3200 M.  
10 Arbeiter je 10 M. Unterstützung . . . . . insgesamt 100 M.  
110 Arbeiter . . . . . insgesamt 3300 M.

#### Nach der Notverordnung:

110 Arbeiter je 30,40 M. Wochenlohn . . . . . insgesamt 3344 M.  
Hiervon zahlt der Staat . . . . . 77 M.  
Der Unternehmer zahlt also 3267 M.

Das Einkommen von 110 Arbeitern steigt also um insgesamt 44 Mark. Den Unternehmer kosten 400 zusätzliche Wochenstunden nur 67 Mark, die Arbeitsstunde also 16 2/3 Pfennig.

#### Vor der Notverordnung:

100 Arbeiter je 32 M. Wochenlohn . . . . . insgesamt 3200 M.  
25 Arbeiter je 10 M. Unterstützung . . . . . insgesamt 250 M.  
125 Arbeiter . . . . . insgesamt 3450 M.

Zeug über „nationale Befreiung“ schreiben läßt (wenn auch in Sonderbrüschüren), und das Programm der „nationalen Befreiung“ für Deutschland überhaupt — alles dies sind Fehler, die sich gegen eine

#### internationale Schulung des Proletariats

kehren müssen —, wenn das auch die Kommunisten selbstverständlich nicht wünschen. Daß die SP-Presse hier noch weit gefährlicher ist, braucht nicht bewiesen zu werden. Daß manche Sozialdemokraten sogar lieber mit Militaristen als mit Kommunisten gehen, hat Herr Schöpflin, der Militärfachmann der SPD, im Reichstag ausdrücklich erklärt, ohne daß jemand seiner Parteigenossen vor ihm ausgespuckt hätte.

Gewiß läßt sich manches gegen die Regierungen Polens und Frankreichs sagen. Aber wenn das die Arbeiterpresse tut, dann soll sie sich bewußt sein, daß die politischen Urteile über „die“ Franzosen und „die“ Polen allemal falsch

#### Nach der Notverordnung:

125 Arbeiter je 28 M. Wochenlohn . . . . . insgesamt 3500 M.  
Hiervon zahlt der Staat . . . . . 193 M.  
Der Unternehmer zahlt also 3307 M.

Das Einkommen von 125 Arbeitern steigt also um insgesamt 50 Mark. Den Unternehmer kosten 1000 zusätzliche Wochenstunden nur 107 Mark, die Arbeitsstunde also 10,7 Pfennig.

#### Vor der Notverordnung:

100 Arbeiter je 48 Std. 38,40 M. Wochenlohn . . . . . insgesamt 3840 M.  
25 Arbeiter je 10 M. Unterstützung . . . . . insgesamt 250 M.  
125 Arbeiter . . . . . insgesamt 4090 M.

#### Nach der Notverordnung:

125 Arbeiter je 40 Std. 28 M. Wochenlohn . . . . . insgesamt 3500 M.  
Hiervon zahlt der Staat . . . . . 193 M.  
Der Unternehmer zahlt also 3307 M.

Der Wochenlohn der beschäftigten Arbeiter sinkt von 38,40 Mark auf 28 Mark. Das Einkommen von 125 Arbeitern sinkt insgesamt um 590 Mark. Den Unternehmer kosten 200 zusätzliche Wochenstunden nichts; ja die jetzt geleisteten 5000 Wochenstunden kosten ihn insgesamt 533 Mark weniger als die vorm geleisteten 4300 Wochenstunden. Die im Betrieb gezahlte Gesamtlohnsomme sinkt, obwohl Pape in Münster behauptet hatte, sein System führe dazu, daß „die in dem Betrieb gezahlte Gesamtlohnsomme nicht nur erhalten bleibt, sondern: sich sogar noch erhöht“.

Die Arbeitszeitverkürzung wird also weder mit vollem, noch mit teilweisem, sondern mit negativem Lohnausgleich vorgenommen. Die Zahl der Wochenstunden und der Stundenlohn sinken gleichzeitig. Der Wochenlohn sinkt daher stärker, als der Arbeitszeitverkürzung entspricht.

Für die Arbeitgeber ist es am günstigsten, sämtliche Arbeiter 40 Stunden zu beschäftigen. Denn die bei Neueinstellungen zulässigen Tariflohnsenkungen betreffen nur den Lohn für die 31. bis 40. Wochenstunde.

Die Stundenlohnsenkung ist am größten, wenn 25 Prozent Arbeiter neu eingestellt werden. Das werden — unter gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden — diejenigen Arbeitgeber am leichtesten durchführen können, die bisher nichts getan haben, um durch Kurzarbeit oder durch Einschlebung von Feierschichten möglichst viele Arbeiter zu beschäftigen. Die unsoziale Gesinnung von Unternehmern wird also besonders prämiert.

sind, falsch sein müssen, weil in einem Klassenstaat die Interessen der beherrschten Klasse überhaupt nicht oder völlig verzerrt in Erscheinung treten, mit anderen Worten: weil diese Klasse in der Regierungspolitik überhaupt nicht gefragt wird. Wenn eine Arbeiterpresse sich dessen nicht bewußt ist, dann trägt sie zu ihrem Teil dazu bei, daß die wirklichen Gegensätze verwischt werden durch eine andere Grenzziehung: die nationale. Dann spricht man nicht von Klassen, sondern von Nationen, nicht von Proleten und Bürgern, sondern von roten und gelben Ost- und Westmächten. Und dann landet man nicht beim Sozialismus, sondern beim imperialistischen Krieg.



# Neurath publiziert die deutsche Denkschrift.

Um den mannigfaltigen Gerüchten entgegenzutreten, die über den Inhalt der deutschen Gleichberechtigungs-Denkschrift in der internationalen Presse umlaufen, hat der deutsche Außenminister, von Neurath, den Wortlaut dieser Denkschrift jetzt der Öffentlichkeit übergeben.

1. Die Denkschrift knüpft an den Wunsch an, die in der deutschen Schlussklärung auf der Abrüstungskonferenz aufgeworfene Frage (Regelung der Gleichberechtigungsfrage vor der nächsten Konferenzsitzung) durch vertrauliche Unterhaltungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung zu fördern.

„Wenn die französische Regierung zu einer solchen vertraulichen Aussprache bereit ist, bleibt es beiden Regierungen natürlich unbenommen, die anderen hauptbeteiligten Regierungen, wie insbesondere die britische, italienische und amerikanische Regierung, in geeigneter Weise zu informieren und zu gegebener Zeit an den Verhandlungen zu beteiligen.“

2. Der nächste Abschnitt nennt die beiden Gründe, um derentwillen die deutsche Delegation die Schlussresolution der Abrüstungskonferenz am 29. Juli abgelehnt hat:

„Die Resolution legt wichtige Punkte für die endgültige Abrüstungskonvention fest, und zwar in einer Weise, die bereits erkennen läßt, daß die Konvention der Herabsetzung der Rüstungen außerordentlich weit hinter dem Versailler Vertrag zurückbleiben wird. . . . Es kam aber noch ein anderer Gesichtspunkt hinzu. Tatsächlich hatten die Beschlüsse für Deutschland überhaupt keinen Sinn. Denn trotz der Diskrepanz zwischen dem in ihnen vorgesehenen Abrüstungsregime und dem Regime des Versailler Vertrages blieb in der Resolution die Frage völlig offen, ob die gefaßten Beschlüsse auch auf Deutschland Anwendung finden sollen. Solange diese Frage nicht geklärt ist, ist für die deutsche Delegation auch bei den künftigen Beratungen über die endgültige Regelung der einzelnen Punkte des Abrüstungsproblems eine Mitwirkung nicht möglich.“

3. Unter diesen Umständen, so fährt die Denkschrift fort, habe die deutsche Regierung grundsätzlich die Frage der Gleichberechtigung aufgeworfen, die auch bisher schon in Konferenzbesprechungen und diplomatischen Verhandlungen geltend gemacht worden sei. Um Mißverständnisse zu vermeiden, wolle sie diese Forderung hier noch einmal präzisieren:

4. „Vorauszuschicken ist dabei, daß es bei der von der deutschen Regierung gewünschten radikalen Gestaltung der allgemeinen Abrüstung keine Bestimmungen gibt, die Deutschland wegen der Tragweite der in ihnen liegenden Bindung ablehnen würde, wenn das durch die Konvention zu schaffende allgemeine Regime für alle Staaten gilt. Dementsprechend hat Deutschland stets gefordert, daß die anderen Staaten auf einen Rüstungsstand abzurufen, der, unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse jedes Landes, nach Art und Maß dem Rüstungsstand entspricht, der Deutschland durch den Vertrag von Versailles auferlegt ist. Damit wäre dem Anspruch Deutschlands auf Gleichberechtigung in einfacher Weise Rechnung getragen worden. Zu ihrem großen Bedauern hat jedoch die deutsche Regierung aus der Resolution vom 23. Juli ersehen müssen, daß die Konvention weder in den Methoden noch im Umfang der Abrüstung dem Muster von Versailles entsprechen wird.“

Unter diesen Umständen wird niemand der deutschen Regierung zumuten können, sich mit einem Konferenzergebnis abzufinden, das für die hochgerüsteten Länder nur eine geringfügige Änderung ihres gegenwärtigen Rüstungsstandes mit sich bringt, für Deutschland dagegen der Versailler Status aufrecht erhalten würde. Deutschland hat das gleiche Recht auf nationale Sicherheit wie jeder andere Staat. Es kann sich deshalb jetzt nur darum handeln zu überlegen, wie durch die erste Konvention der notwendige Rüstungsausgleich und damit die Verwirklichung der nationalen Sicherheit aller Staaten angebahnt werden kann.“

5. Ueber die juristische Form dieser Regelung wie über die Zeitdauer ihrer Geltung komme eine Diskussion nicht mehr in Frage. In beiden Punkten müsse Deutschland künftig ebenso behandelt werden wie alle anderen Staaten. Andernfalls würde Deutschland auf dem Rüstungsgebiet auch weiterhin die Rolle eines Staates zweiter Klasse spielen. „Die Lösung kann deshalb nur die sein, daß die Abrüstungskonvention für Deutschland an die Stelle des Teils V des Versailler Vertrags tritt und daß hinsichtlich ihrer Geltungsdauer sowie hinsichtlich des Rechtszustandes nach ihrem Ablauf keine Sonderbestimmungen für Deutschland gelten.“

6. Im Gegensatz dazu biete der materielle Inhalt der Regelung Spielraum für Verhandlungen. Die deutsche Regierung verlange zwar, daß „das Recht Deutschlands auf einen seiner nationalen Sicherheit entsprechenden Rüstungsstand in geeigneter Weise zum Ausdruck“ gebracht werde. „Sie ist jedoch bereit, sich für die Laufzeit der ersten Konvention mit gewissen Modifikationen ihres Rüstungsstandes zu begnügen, weil sie der Ansicht ist, daß es nach dem Ablauf der ersten Konvention zu einer zweiten Konvention kommen muß, die in der Herabsetzung der Rüstungen der hochgerüsteten Staaten erheblich weiter geht und dadurch dem deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage besser gerecht wird.“

7. Einige Hauptpunkte für die erforderliche Regelung: Die deutsche Regierung sei zur Annahme jedes Waffenverbots bereit, „das für alle Staaten gleichmäßig in Wirkung kommt“. Waffenkategorien, die nicht allgemein verboten würden, müßten dagegen grundsätzlich auch Deutschland erlaubt sein.

In der Frage des Wehrsystems fordert die deutsche Regierung das Recht, das allen Staaten zukomme, die Wehrform „im Rahmen der allgemein gültigen Bestimmungen so zu gestalten, wie es den Bedürfnissen sowie den wirtschaftlichen und sozialen Eigenarten des Landes entspricht. Es kommt dabei einmal auf organisatorische Änderungen, wie z. B. Abetufung der aktiven Dienstzeit der Langdienenden und Freiheit in der Gliederung der Wehrmacht, an; zum anderen auf die kurzfristige Ausbildung einer besonderen wehrpflichtigen Miliz für Zwecke der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung sowie des Grenz- und Küstenschutzes.“

Es versteht sich von selbst, daß die deutsche Regierung bei den von ihr beabsichtigten Maßnahmen der finanziellen Lage des Reiches Rechnung tragen wird.“

8. „In Äußerungen des französischen Herrn Ministerpräsidenten ist letzthin, gerade im Zusammenhang mit der

Frage der deutschen Gleichberechtigung, wieder die Bedeutung der Sicherheitsfrage für Frankreich hervorgehoben worden. Die deutsche Regierung kann hierzu im Augenblick nicht wohl Stellung nehmen, da sie nicht weiß, wohin die konkreten Wünsche der französischen Regierung gehen. Die deutsche Regierung wird aber stets zur Erörterung von Plänen bereit sein, die dazu dienen, die Sicherheit für alle Staaten in gleicher Weise zu festigen.“

9. Die Denkschrift schließt mit dem Wunsch, „daß die vorstehenden Ausführungen die französische Regierung von dem loyalen und maßvollen Charakter der deutschen Absichten überzeugen und daß sie den Weg zu einer schnellen Verständigung eröffnen. . . . Es wird wesentlich zur Beseitigung der bestehenden Spannungen und zur Beruhigung der politischen Verhältnisse beitragen, wenn endlich die militärische Diskriminierung Deutschlands verschwindet, die vom deutschen Volke als Demütigung empfunden wird und die zugleich die Herstellung eines ruhigen Gleichgewichts in Europa verhindert.“

## Neurath zur Denkschrift.

Neurath hat der Veröffentlichung der Denkschrift eine Erklärung beigelegt, der wir die folgenden wichtigen Sätze entnehmen:

„. . . Freilich war dieses Schriftstück ursprünglich lediglich dazu bestimmt, vertrauliche Besprechungen zunächst mit der französischen Regierung und sodann mit den anderen beteiligten Regierungen einzuleiten. Das bedeutet aber nicht, daß es irgend welche Geheimnisse enthielte, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hätten. Die Veröffentlichung des Schriftstücks scheint mir heute umso mehr

am Platze zu sein, als die französische Regierung es für richtig gehalten hat, das Schriftstück von sich aus den Regierungen mitzuteilen, die dem sogenannten Vertrauenspakt vom Juli d. J. beigetreten sind. Dadurch hat die von mir eingeleitete diplomatische Auseinandersetzung einen neuen Charakter gewonnen.“

## Zu diesem Schritt Frankreichs:

„Der Pakt kann doch unmöglich den Zweck haben, eine diplomatische Unterhaltung zu Zweien oder Dreien zu verbieten, und für jede politische Frage, welcher Art auch immer, von vornherein ein förmliches Verfahren vor dem Forum aller dem Pakt beigetretenen Regierungen vorzuschreiben. . . . Der Sache würde kaum damit gedient werden, wenn man neben das Gremium der auf der Abrüstungskonferenz vertretenen Mächte noch ein zweites, beschränkteres Gremium setzen wollte, das sich aus ganz anderem Anlaß gebildet hat. . . . Ich habe von Anfang an . . . Wert darauf gelegt, alsbald nach meiner Unterhaltung mit dem französischen Botschafter besonders interessierte Regierungen von dem deutschen Schritt zu unterrichten. Es ist aber etwas anderes, einen gewissen Kreis von Regierungen zu benachrichtigen, als ihn von vornherein zu gemeinsamen Verhandlungen zu vereinigen. . . .“

Es ist eine allzu bequeme Methode, uns zur Geduld zu raten und uns dadurch zu verträsten, daß sich die Abrüstung der anderen Mächte und damit unsere Gleichberechtigung im Laufe der Zeit schon verwirklichen werde. Wir warten jetzt länger als zehn Jahre auf die Erfüllung unseres Anspruchs. Die Abrüstungskonferenz ist an einem Punkt angelangt, wo die Entscheidung über unsere Gleichberechtigung fallen muß und keine Konferenzmacht sich mehr einer klaren Stellungnahme zu dieser Frage entziehen darf. . . .“

Wir werden zu der Denkschrift und dem Neurath'schen Kommentar in der nächsten Nummer ausführlich Stellung nehmen.

# Wahlkampf und Putschsichten in Griechenland.

Für den 25. September sind in Griechenland Parlamentswahlen angesetzt worden; der Wahlkampf ist bereits in vollem Gang. Vor allem scheinen sich zwei Gruppen gegenüber zu stehen: Die Liberalen unter der Führung des jetzigen Ministerpräsidenten Venizelos auf der einen Seite, Tsaldaris, der als Republikfeind und Monarchist gilt, mit seinen Anhängern auf der anderen.

Bei der Erbitterung, mit der der Kampf geführt wird, ist es leicht möglich, daß er über die Grenzen eines bloßen Wahlkampfes hinausgetrieben wird. Von beiden Seiten ist bereits mit unmittelbarer Gewaltanwendung gedroht worden; Venizelos, der mit einer Wahlniederlage rechnet, hat offen erklärt, er werde sich durch diesen voraussichtlichen Wahlausgang nicht zum Rücktritt zwingen lassen, sondern diktatorisch weiterregieren. Er hat sogar ein politisches Einschreiten gegen Tsaldaris in Aussicht gestellt, angeblich um dessen monarchistische Pläne zu vereiteln. Tsaldaris hat beim Staatspräsidenten Verwahrung gegen diese Drohungen eingelegt, die Absetzung des „revolutionären“ Ministerpräsidenten und die Sicherung der Freiheit der Wahlen verlangt. In politisch unterrichteten Kreisen Athens hält man es nicht für ausgeschlossen, daß die der Republik ergebenen Truppen zu einem Militärputsch bereit seien, um einen monarchistischen Wahlsieg bzw. dessen politische Folgen zu verhindern.

Eine merkwürdige Rolle in diesen Kämpfen spielt der ehemalige Ministerpräsident Papanastasiu, der in den ersten Junitagen dieses Jahres der griechischen Regierung vorstand, aber schon nach einer Woche durch Venizelos von diesem Posten verdrängt wurde. Dieser Politiker, der der Gründer und Vorsitzende der Republikanischen Union ist, und unter dessen Ministerpräsidentschaft im Jahre 1924 die griechische Republik ausgerufen worden ist, steht in diesem

Kampf auf der Seite des Monarchisten Tsaldaris. Vielleicht ist es eine persönliche oder auch politische Feindschaft gegen Venizelos, die ihn zu dieser Haltung getrieben hat. Seit er sich — bald nach dem Weltkrieg — von der Partei der Liberalen gelöst hat, hat er deren Führer, Venizelos, schon mehrfach feindlich gegenüber gestanden. Der Streit um den Posten des Ministerpräsidenten, den die beiden erst in diesem Sommer ausgefochten haben, wird nicht zur Verbesserung der Beziehungen beigetragen haben.

## Linker Wahlsieg in Dänemark.

Der Wahltag in Dänemark nahm mit einem Sieg der Linken seinen Anfang: am Morgen wehte auf dem Rathausurm von Kopenhagen eine rote Fahne mit Hammer und Sichel. Nur mit großer Mühe gelang es den Polizisten, die Fahne herunterzuholen und auf die Polizei zu bringen.

Soweit die Ergebnisse der Wahlen zum dänischen Oberhaus bisher bekannt sind, haben die Sozialdemokraten, die in Dänemark an der Regierung sind, einen großen Sieg zu verzeichnen. In vielen Bezirken von Kopenhagen, in denen sie bisher in der Minderheit waren, haben sie jetzt die Mehrheit. Trotz der starken Wahlbeteiligung haben die Konservativen nirgends an Stimmen gewonnen, in den ländlichen Bezirken haben sie sogar verloren. Dagegen haben sich die Demokraten auf dem Lande, wo sie keinen sehr starken Einfluß haben, gut gehalten; in den Stadtbezirken haben sie gewonnen.

Trotz des günstigen Wahlergebnisses ist es nicht sicher, daß die Mehrheit der Rechten im Oberhaus jetzt gebrochen ist, da nur die Hälfte seiner Mitglieder gewählt wird, während die andere Hälfte, nach den dänischen Spielregeln der Demokratie, auf Lebenszeit ernannt wird.

## Die Behandlung der Wehrdenkschrift in Paris und London.

### Frankreich.

An Stelle des geplanten Ministerrats unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik ist für Mittwoch ein Kabinettsrat angesetzt worden, dessen Hauptgegenstand die deutsche Gleichberechtigungsnote bildet. Der Text der französischen Antwortnote, der in dieser Sitzung beschlossen werden soll, wird danach zunächst der englischen Regierung vorgelegt werden. Am Freitag wird dann der Ministerrat tagen, wobei die endgültige Fassung dem französischen Staatspräsidenten unterbreitet werden soll.

Die Antwort der französischen Regierung ist nach diesem Verhandlungsplan also nicht vor dem Ende der Woche zu erwarten.

### England.

MacDonald hat sich nach der Rückkehr von seinem Urlaub eingehend mit der deutschen Note befaßt, die ihm zuerst von Frankreich aus übermittelt worden war. MacDonald beabsichtigt, die Note den militärischen Ministerien vorzulegen und dem Empire-Verteidigungsausschuß. Die Schritte Englands werden in enger Fühlungnahme mit Frankreich und Amerika erfolgen. Die bisherige Meldung, England werde offiziell erst in Genf Stellung nehmen, wird durch die Veröffentlichung der deutschen Note und Frankreichs Absicht, das englische Urteil zu der französischen Note einzuholen, sicherlich als überholt zu betrachten sein.

Der amerikanische Vorsitzende im Heeresausschuß des Senats, Senator Reed, ist in Frankreich eingetroffen, wie es heißt, um an der Gedenkfeier der Marne-Schlacht teilzunehmen. Da er zu einer längeren Aussprache bei Herriot war, ist anzunehmen, daß Herriot mit Reed, der Hoover nahe steht, über den amerikanischen Standpunkt zur deutschen Note gesprochen hat.

Die französischen Morgenblätter drucken die deutsche Note fast alle ohne Kommentar ab. Nur das Gewerkschaftsorgan „Oeuvre“ stellt fest, daß der offizielle Teil wesentlich ruhiger gehalten ist, als nach den bisherigen alarmierenden Berichten der französischen Presse zu vermuten gewesen sei.

## Wieder antijapanischer Boykott in China.

70 chinesische Handesgilden, denen der größte Teil der Schanghaier Geschäftsbetriebe angeschlossen ist, haben in einer öffentlichen Erklärung zur wirtschaftlichen Blockade aufgerufen. Es wird erwartet, daß auch andere chinesische Organisationen von Geschäftsleuten ähnliche Aufrufe erlassen.

In der Erklärung wird besonders darauf hingewiesen, daß die chinesische Regierung keine Verantwortung für den Boykott trage. Sie könne aber das chinesische Volk auf die Dauer nicht zwingen, Waren zu kaufen, die es nicht haben wolle.

Eine ausführliche Darstellung des antijapanischen Boykotts beginnen wir in dieser Nummer.

## Zuchthausstrafen gegen ungarische Marxisten.

Der ungarische Staatsgerichtshof hat, nach einwöchiger Prozedurdauer, das Urteil gegen 25 Personen gefällt, die angeklagt waren, unter den Arbeitern in Budapest und Umgebung kommunistische Propaganda getrieben zu haben. Die Angeklagten erklärten, daß sie nicht Kommunisten, sondern Sozialdemokraten seien und lediglich die Ideen des Marxismus mit gesetzlichen Mitteln verwirklichen wollten. Die beiden Hauptangeklagten wurden zu Zuchthausstrafen von je zwei Jahren acht Monaten verurteilt, 21 Angeklagte zu Gefängnisstrafen von ein bis vierzehn Monaten. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

## Aufruf zur Solidarität. Der englische Gewerkschaftskongreß unterstützt den Kampf der Weber.

Wir haben gestern berichtet, daß der Generalrat der englischen Gewerkschaften beschlossen hat, dem Streikfonds der Weber in Lancashire 1000 Pfund zu überweisen. Wir bemerkten dazu, daß diese Summe nicht sehr erheblich sei und hofften, daß sich die Hilfe, die die Gewerkschaften ihren streikenden Kollegen zu geben gewillt sind, nicht mit diesem Anfang erschöpft.

Soeben erhalten wir aus England den Wortlaut der Resolution, den der augenblicklich tagende Gewerkschaftskongreß zu Gunsten der Weber angenommen hat; aus dieser Resolution und den Reden, mit denen sie eingeführt worden ist, geht hervor, daß die Gewerkschaften die Absicht haben, ihrer Pflicht nachzukommen, den Kampf ihrer Genossen in Lancashire durch Solidaritätsaktionen zu unterstützen. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Der Kongreß verurteilt aufs Schärfste die reaktionäre Politik der Unternehmer des Lancashire Baumwollgewerbes, die versuchen, den schon jetzt ungenügenden Lebensstandard ihrer Arbeiter noch weiter zu senken. Der Kongreß drückt die begründete Ansicht aus, daß eine solche Politik als Mittel zur Wiederankurbelung der Industrie nutzlos ist, ihre schon längst notwendige Neuorganisation nur verzögern kann und zu einer weiteren Einschränkung des Marktes für Industriegüter führen muß.

Nachdem der Kongreß die Ansicht der Baumwoll-Gewerkschaften gehört hat, verspricht er, ihren Kampf für den gewerkschaftlichen Lebensstandard, für die Wiedereinstellung von Arbeitern, die ihre Arbeit infolge ihrer Verteidigung der gewerkschaftlichen Grundsätze verloren haben, und für die Heiligkeit von Tarifverträgen, mit allen Mitteln, die in seiner Macht stehen, zu unterstützen. Der Kongreß beauftragt den Generalrat, jeden möglichen moralischen und finanziellen Beistand zu organisieren, um die Baumwollarbeiter in ihrem wunderbaren Kampf zu unterstützen, und er ruft alle Lohnarbeiter und Sympathisierende im ganzen Lande auf, diesem Aufruf nachzukommen.

Eingebracht für den Generalrat: A. Hayday.

Unterstützt von: A. Pugh (Verband der Eisen- und Stahlarbeiter).

Ein englischer Genosse, der dem Gewerkschaftskongreß beiwohnt, schreibt uns über die Sitzung, in der diese Resolution angenommen wurde:

Vor Einbringung der Resolution gab Neasmith, der Sekretär des Weberverbandes, einen Bericht über die Lage in Lancashire und über die Geschichte des Konflikts. Er sprach ruhig, ohne viel Pathos, aber mit Nachdruck. Mehr war auch nicht nötig, denn die Tatsachen sprachen für sich.

Dann brachte Hayday, der Vizepräsident des Gewerkschaftskongresses die Resolution ein, durch die der Gewerkschaftskongreß sich solidarisch erklären sollte mit den kämpfenden Webern; denn „niemand von uns kann dabeistehen und zusehen, wie solch ein ehrlicher Kampf fehlschlägt“. Er betonte, daß es sich in Lancashire nicht nur um die Verhinderung von Lohnsenkungen handele, sondern daß das Bestehen der Tarifverträge auf dem Spiele stehe.

Zwei Delegierte des Weberverbandes von Burnley, wo der Streik schon seit sieben Wochen im Gange ist, griffen dann zum Wort. Ihre Reden waren kurz und einfach; aber man konnte die Begeisterung und die Kampfbereitschaft heraushören, die die Weber zeigen, und die Überzeugung, daß der Streik zum Erfolg führen wird, wenn ihm Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung zuteil wird.

Der Präsident des Generalrats, John Bromley, schloß die Debatte. Er betonte, daß die Resolution nur Wert haben würde, wenn sie nicht lediglich auf dem Papier stehen bleibe. „Jeder, der noch Arbeit hat, soll sich fragen: welches Opfer kann ich bringen, um den Kampf zu unterstützen?“

Ausbrüche von Begeisterung und Beifallsrufe gab es nicht. Aber als der Vorsitzende sagte: „Wer dafür ist, sage: ja“, da kam die Antwort der Delegierten wie ein einziger, einstimmiger Zuruf. — Als dann der Vorsitzende diejenigen, die gegen die Resolution waren, aufforderte, „nein“ zu sagen, herrschte Totenstille im Saal. Die Resolution war einstimmig angenommen worden.

Bromley teilte dann mit, daß der Generalrat, der diesen Entschluß des Gewerkschaftskongresses vorausgesehen hatte, schon einen Ausschuß von sechs Mitgliedern gebildet habe, der für die Organisation der zu ergreifenden Solidaritätsaktionen zu Gunsten der Streikenden verantwortlich sei. Der Generalrat hat beschlossen, die öffentlichen Sammelstellen für den Streikfonds mit der Stiftung von 1000 Pfund einzuleiten.

Jetzt, wo das Vertrauen in die Kampfbereitschaft der Gewerkschaften in so vielen Ländern, auch in England, immer mehr im Schwanden begriffen ist, kommt diesem Aufruf eine besondere Bedeutung zu. Gewiß ist er nur entstanden unter dem Druck der Massen; aber das zeigt ja gerade, daß dieser Druck, wenn er aufgegeben wird, den Erfolg hat, die Gewerkschaftsführer angesichts der steigenden Lohnabbauforderungen der Unternehmer zum Kampfe zu zwingen. Darum ist auch die Passivität der Gewerkschaften kein hinreichender Grund,

sich von der Gewerkschaftsarbeit zurückzuziehen; denn es gilt, die Passivität der Führer durch den Druck von unten überwinden zu helfen.

In Lancashire haben die Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts inzwischen begonnen. Die Solidaritätserklärung des Gewerkschaftskongresses wird die Weber ermutigen, billige Kompromisse zurückzuweisen und den Kampf nicht vorzeitig aufzugeben. Wie sich die Gewerkschaftsführer verhalten werden, ob sie der Stoßkraft der Massen folgen, oder ob sie dem Druck der Unternehmer und einer zu Verhandlungen auffordernden Regierung nachgeben werden, bleibt noch unentschieden.

Der Vorstoß der Arbeiter hat aber den ersten Erfolg hinter sich — dieses Ergebnis ist über die Grenzen Englands hinaus lehrreich!

Der englische Gewerkschaftskongreß hat seiner Resolution, die die Unterstützung des Weberstreiks proklamiert, und der Bereitstellung von 1000 Pfund Sterling einen weiteren energischen Schritt hinzugefügt:

Es ist eine Unterstützungskasse gegründet worden, in die bereits von mehreren Gewerkschaften 10000 Pfund Sterling eingezahlt worden sind. Zur Aufbringung eines Gesamtbetrages von 500000 Pfund Sterling sind Aufrufe an alle Gewerkschaften, an die Arbeiterpartei und die gesamte Öffentlichkeit erlassen worden. Ferner ist die Organisation einer Winterhilfe beschlossen worden.

Die Antwort der Regierung auf diese Schritte:

In einem am Dienstag veröffentlichten Brief an die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer regt der englische Arbeitsminister die Einsetzung von Ausschüssen zwecks Ausarbeitung von Vorschlägen zur Beilegung des Streikes an, die dann in einer baldigen gemeinsamen Konferenz erörtert werden sollen. — Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben getrennte Sitzungen einberufen, um den Schritt des Arbeitsministers zu erörtern.

## Achtung, Mitglieder des DMV!

Die Berichterstattung vom Verbandstag erfolgt in den Bezirksmitgliederversammlungen. Die Ortsverwaltung Berlin des DMV hat die Ankündigung dieser Versammlungen nicht, wie bisher üblich, in der „Metallarbeiter-Zeitung“ vorgenommen, sondern nur im Annoncenenteil des „Vorwärts“. Wir bringen daher die Termine für die nächsten Versammlungen:

22. Bezirk: Donnerstag, 8. September, um 16.30 Uhr, Lokal Schulz, Köpenick, Bahnhofstr. 32. 16. und 17. Bezirk: Freitag, 9. September, um 18 Uhr, Pharussäle, Müllerstraße 142.

Bereits zu Mittwoch, 7. September, waren angekündigt:

1. Bezirk: Lokal Gallas, Weißensee, Lederstr. 422, 16. Uhr. 2. Bezirk: Lokal Seipke, Lichtenberg, Kronprinzenstraße 47, 17. Uhr. 6. Bezirk: Vereinshaus Einigkeit, Neukölln, Wipper-, Ecke Kirchhofstraße, 17. Uhr. 8., 9a und 9. Bezirk: Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24/25, Saal 1, 17. Uhr. 11. Bezirk: Lokal Gehrke, Schöneberg, Ebersstr. 66, 17. Uhr. 15. Bezirk: Ahlers Festsäle, Charlottenburg, Berliner Str. 88, 19.30 Uhr. 14. Bezirk: Arminius-Säle, Bremer Straße 72/73, 16.30 Uhr. 15. Bezirk: DMV-Verbandshaus, Linienstr. 85, Saal 12, 19 Uhr. 18. und 19. Bezirk: Schwedter Festsäle, Schwedter Str. 23, 19 Uhr. 23. Bezirk: Germania-Säle, Spandau, Strelowplatz, 16.30 Uhr.

Diese unerhörte Praxis des DMV, die offiziellen Mitgliederversammlungen nicht in der Verbandszeitung mitzuteilen, sondern nur im „Vorwärts“, läßt darauf schließen, daß der Ortsverwaltung nicht daran gelegen ist, alle Mitglieder in den Versammlungen zu haben, sondern nur die

engeren Parteifreunde, die den „Vorwärts“ lesen. Diese selbe Praxis ist uns auch aus Kassel gemeldet, wo ebenfalls die Versammlung nicht im Gewerkschaftsblatt, sondern nur in der SP-Zeitung angekündigt wurde, mit dem Erfolg, daß von annähernd 7000 Mitgliedern nur etwa 120 anwesend waren.

## Metallarbeiterstreik in Schlesien.

Schamlose Unternehmerforderungen.

Die Breslauer Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes teilt mit:

Der von den Unternehmern gekündigte Lohntarif in der niederschlesischen Metallindustrie mit 68 Pfennig Spitzenlohn und 63 Pfennig Akkordsatz war am 31. August abgelaufen.

Ein Einigungsvorschlag und späterer Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Görlitz wurde von beiden Parteien abgelehnt. Durch Aushang geben jetzt die Unternehmer bekannt, daß jedem Arbeitnehmer das Arbeitsverhältnis gekündigt sei und daß die Arbeit nach Ablauf der Kündigungsfrist zu einem um 4 Prozent gekürzten Lohn und Akkordsatz fortgesetzt werden kann.

Die Arbeiter sind nicht gewillt, sich dem Diktat der Unternehmer zu fügen. Rund 300 Mann stehen in Görlitz und Niesky seit Montag im Streik. Die Zahl der Streikenden vergrößert sich täglich. Am Dienstag sind weitere 300 Mann aus dem Waldenburger Bezirk in den Streik getreten.

Inzwischen hat die Streikbewegung erfreulicher Weise weiter um sich gegriffen. In Schweidnitz und in Keulahlütte (Oberlausitz) haben am Dienstag weitere 850 Arbeiter die Betriebe verlassen.

## Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

75)

Copyright by Malik-Verlag 1932

THEODOR PLIVIER.

Er setzt seinen Namen unter das Schriftstück und reicht es dem Obmann Eckert.

„Die Unterschriften genügen nicht, wir müssen mehr haben. Aber bekannte Namen brauchen wir. In Abwesenheit der betreffenden Genossen setze ich dazu: Brühl, Franke, Ledebour, Liebknecht, Neundorf, Pieck, Wegmann.“

„Jedenfalls werden sie mit den Unterschriften einverstanden sein, überhaupt, wenn alles gut geht!“

„Und wenn es schief geht?“

„Dann ist sowieso alles egal — aber jetzt weiter. Die Flugzettel müssen sofort in Druck! Hier Gustav, das Manuskript; laß soviel drucken wie irgendmöglich. Mindestens 30 000, damit wir für jeden Betrieb hundert haben!“

Laukant hat das Manuskript in der Hand.

„30 000? Ein bißchen viel. Bis wann sollen sie fertig sein?“

„Morgen früh um halb fünf müssen sie an den verabredeten Stellen ausgegeben werden.“

Barth sucht noch sieben Obleute aus und schickt sie in die Wohnungen von Brühl, Franke, Ledebour und der übrigen Genossen, deren Namen er unter das Flugblatt gesetzt hat, um sie davor zu warnen, die Nacht in ihren Wohnungen zuzubringen. Dann wendet er sich wieder der Versammlung zu:

„Nun, Genossen, kommen wir zu einer außerordentlichen Frage. Erschrecken Sie nicht. Der Flammenwerferleutnant, von dem ich andeutungsweise sprach, ist seit Sonntag verhaftet. Und er scheint den mit ihm zusammen ausgearbeiteten Plan verraten zu haben, denn gestern bekamen wir den nagelneuen Aufmarschplan des Oberkommandos. Wir müssen nun ebenfalls unsern ganzen Plan ändern.“

Barth legt einen Stadtplan auf den Tisch. Die von der Regierung besetzten Positionen hat er grün, die Betriebe mit einer starken Anhängerschaft der Revolutionären Obleute rot, die übrigen Betriebe, die von den Obleuten auf die Straße herausgeholt werden sollen, rot punktiert eingekreist.

Am Nachmittag hat er die Aufmarschstraßen bereits so ge-

ändert, daß die von der Regierung besetzten Stellen zunächst umgangen werden. Er gibt jetzt den auf elf Zügen verteilten Stoßtruppführern entsprechende Anweisungen. Er ernannt sie, keine Notizen zu machen, sondern alles im Kopf zu behalten. Dann instruiert er die Kuriere. Am Denkmal des „Alten Fritz“ im Friedrichshain sollen die Nachrichten den dort aufgestellten Posten übergeben werden, die sie dann weiter in das als Hauptquartier bestimmte Lokal zu übermitteln haben.

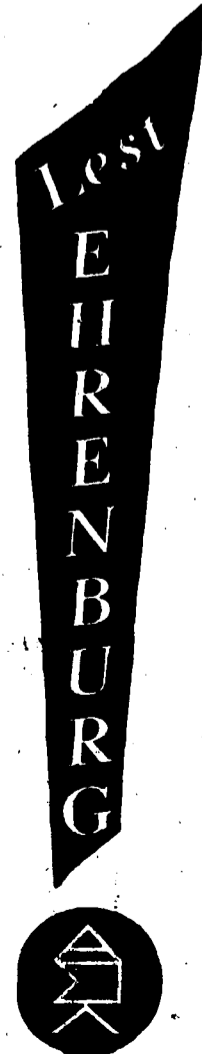
Drei Stunden dauern diese Besprechungen.

Laukant hat inzwischen die Flugzettel in Druck gegeben und ist zurückgekommen. Er hält sich eine Weile in der Gaststube auf und bestellt sich ein Bier, um sich etwas umsehen zu können. Ein paar verspätete Gäste würfeln mit dem Wirt eine Lage aus. Der Mann auf dem Musikpodium hat sein Bandonium noch auf den Knien und spielt nach kurzen Pausen immer wieder die Schlagermelodie aus der „Czardasfürstin“. Wie Laukant ins Sitzungszimmer zurückkommt, ist Barth bei seinen Schluffausführungen angelangt:

... stößt der Zug auf eine Schutzmannskette, dann muß schnell gehandelt werden. Entweder sind sie gegen euch, dann müssen sie für die Sache der Menschheit fallen oder den Kampfplatz räumen. Kommt ihr an eine Kaserne, dann beginnt das Fratzenisieren. Eine Deputation geht in die Kaserne, um zu verhandeln. Aber energisch oder gar nicht und auf keinen Fall provozierend! Sind die Soldaten zu gewinnen, so werden die Offiziere abgesetzt und erhalten zu ihrem eigenen Schutz Kasernenarrest.

Ob der Kampf schnell oder langsam geht, das ist heute nicht zu sagen. Doch wie es auch kommt, strenge revolutionäre Disziplin! Der einzelne kann und muß seine Lage, seine Stellung, seine Situation überschauen, aber er kann nicht das ganze Schlachtfeld übersehen. Daher strikte Befolgung von mir kommandierter Anweisungen.

Folgende Möglichkeiten gibt es:



Schlagartiger Sieg auf der ganzen Linie.

Schlagartige Niederlage.

Mehrtägiger Kampf mit Erfolg.

Mehrtägiger Kampf mit Niederlage.

Wechselvoller, zäher, lange Zeit dauernder blutiger Kampf.

Prophezeien wie es kommt, wäre müßig. Wir sagen: Sieg auf alle Fälle. Sieg oder Tod!

Um halb eins wird die Sitzung geschlossen.

Nacheinander verlassen die Obleute das Lokal. Immer zwei und zwei pendeln sie durch die Prenzlauer Straße dem Alexanderplatz zu, auf dem der weitläufige Bau des Polizeipräsidiums dunkel aufragt. Am Alexanderplatz führen ihre Wege auseinander. Einige wandern nach den nördlichen Stadtteilen, andere nach den Arbeiterquartieren des Ostens und Südostens ab.

Laukant und Habersaath kommen an der Alexanderkaserne vorbei. Sie blicken zu der dunklen Hausfront auf, die fast fensterlos wirkt. Die beiden Posten vor dem Tor sind mit Handgranaten und Stahlhelmen ausgerüstet.

Nachher kommen sie an die Schloßbrücke. Rechts umlagern die tintigen Flächen der Spree den Dom, links hebt sich die Front des kaiserlichen Schlosses in den nächtlichen Himmel.

„Zwei Symbole — Kirche und Staat!“

„Da hinten die Börse ist das dritte!“

„Morgen nacht ...“

Der Dreher Laukant ist Mitglied des USP-Vorstandes und Beisitzer im Kopf der Obleute. Der Metallarbeiter Habersaath ist Leiter einer Spartakusgruppe und Stoßtruppführer bei den Obleuten, Laukant stammt aus einer ostpreussischen Landarbeiterfamilie, Habersaath kommt aus dem Berliner Norden und hat die Schwindsucht. Der eine haßt die bestehende Gesellschaftsordnung mit der gleichmäßigen Art seines Schlasses, der andere mit dem Fanatismus eines Verdammten. Aber in beiden Köpfen brennt es.

(Fortsetzung folgt.)

# Lehren des anti-japanischen Boykotts in China.

Von Alexis Baranoff (Schanghai).

## Der japanische Außenhandel.

Bevor wir an die Darstellung des anti-japanischen Boykotts gehen, ist es erforderlich, etwas über den allgemeinen Charakter des japanischen Außenhandels zu sagen. Obgleich Japan das jüngste Mitglied des internationalen Handelsverkehrs ist, wird es heute, was den Umsatz betrifft, nur von wenigen übertroffen und ist der einzige asiatische Staat, der nicht nur Rohstoffe ausführt und Industriewaren einführt, sondern selber einen erheblichen Industriewaren-Export hat. Freilich spielt Japan nur gegenüber den anderen asiatischen Ländern (China, Indien, Niederländisch-Indien) die Rolle des Fertigwaren-Exporteurs; sein Verhältnis zu den älteren Industrieländern Europas und zu den Vereinigten Staaten unterscheidet sich, was den Export betrifft, verhältnismäßig wenig von dem der typischen kolonialen und halbkolonialen Länder. Im Import dagegen tritt der industrielle Charakter Japans bereits sehr deutlich hervor: etwa ein Viertel seiner Einfuhr besteht aus Rohbaumwolle, die zu 50 Prozent aus den Vereinigten Staaten bezogen wird.

Die Tabellen I und II zeigen die Zusammensetzung des japanischen Handels für das Jahr 1930. Wir geben die prozentualen Anteile der wichtigsten Handelsartikel am Gesamtumsatz an.

Tabelle I: Japanische Ausfuhr 1930. (1470 Millionen Yen.)

	Anteil an der Gesamtausfuhr in Prozenten	Wichtigste Märkte
Rohseide . . . . .	28,3	Die USA nehmen 95 Proz. der Rohseide auf
Baumwollwaren . . . . .	18,5	China, Indien, Niederländ. Indien, Ägypten
Seidenstoffe . . . . .	6,9	Indien, Australien

Infolge des an Umfang gewaltigen Austausches zwischen japanischer Rohseide und amerikanischer Rohbaumwolle sind die Vereinigten Staaten der größte Handelspartner Japans (fast ein Drittel des Gesamtumsatzes vollzieht sich mit den USA). China folgt mit etwa 23 und Indien mit 10 Prozent. Trotzdem ist die Bedeutung Chinas als Markt für die japanische Ausfuhr sicherlich wichtiger. Die japanisch-chinesischen Handelsbeziehungen werden in einem späteren Abschnitt ausführlicher behandelt werden. Es genügt daher hier, festzustellen, daß China der Hauptabnehmer der japanischen Baumwolltextilien ist.

China ist daher für Japan das, was Indien für England war: die Kinderstube seines Industrialismus, Kapitalismus und Imperialismus.

Rückständige Agrarländer wie Indien und China haben keinen nennenswerten Bedarf für Maschinen oder überhaupt für hochwertige Industrieprodukte; wohl aber zeigen sie sich aufnahmefähig für billige Baumwolltextilien, auch wenn dadurch das innere wirtschaftliche Gleichgewicht ernstlich gestört wird und in der Tat gestört werden muß; denn diese Einfuhr entzieht dem Bauernvolk eine Arbeitsmöglichkeit und zwingt es zu einer rationelleren Landwirtschaftstechnik. Der Übergang von einem selbstgenügsamen und rückständigen Agrarland zu einem exportierenden Agrarland und zuletzt zu einem Industrieland geht aber nicht ohne Krisen und Erschöpfungssymptome vor sich. Diese Zersetzungserscheinungen rufen daher auf der anderen Seite imperialistische Eingriffe seitens des am Markt interessierten Industrielandes hervor. So auch im Falle Japan-China: Seit dem Beginn seines industriellen Aufschwungs ist das Verhältnis Japans zu China nie anders als aggressiv gewesen. Dabei spielt freilich die Mandchurei insofern eine Sonderrolle, als sie für Japan auch als Rohstoffquelle und unter Umständen Siedlungsgebiet in Frage kommt. Das eigentliche China ist dagegen in der Hauptsache nur Absatzgebiet.

Tabelle II: Japanische Einfuhr 1930. (1546 Millionen Yen.)

	Anteil an der Gesamteinfuhr in Prozenten	Wichtige Herkunftsmärkte
Rohbaumwolle . . . . .	23,4	USA: 49 Proz. Indien: 41 Proz. China: 6 Proz.
Maschinen . . . . .	5,3	USA Großbritannien Deutschland
Eisen . . . . .	5,0	

China hat (oder besser gesagt: die Chinesen haben) die japanischen Vorstöße durch eine Reihe von wirtschaftlichen Boykotten beantwortet.

Seit 1908 hat es neun solcher Boykotte gegeben, so daß während dieser 24 Jahre nur 13 boykottfrei waren, und der Ausfall im Handelsumsatz auf mehrere hundert Millionen Yen geschätzt wird. Trotzdem ist weder der japanische Handel, noch Japans aggressive Politik irgend wie merklich dadurch beeinflusst worden. Es gibt gewiß Rückschläge im Handel während der Boykottjahre, aber im großen Ganzen steigt der japanisch-chinesische Handel, wie das aus Tabelle III hervorgeht.

Tabelle III: Der japanische Außenhandel mit China von 1870-1930 in Millionen Tael.

Jahr	Einfuhr nach China	Ausfuhr aus China	Gesamtumsatz
1870	1,29	2,48	3,77
1880	3,50	2,20	5,70
1890	7,39	4,83	12,22
1900	25,8	16,9	42,7
1910	76,8	61,6	138,4
1920	229	142	371
1930	872	261	633

Auch wenn ferner Japans politische Ziele hinsichtlich Chinas gelegentlich Rückschläge erleiden, so ist das am allerwenigsten der Wirkung der Boykotte zuzuschreiben, sondern es sind die Ansprüche der europäischen Mächte und der Vereinigten Staaten, die Japans Ansprüche dämpfen. Man könnte vielleicht sogar sagen, daß die chinesischen Boykotte Japan reizen und es ihm nahelegen, den unsicheren Markt in China noch fester in die Hand zu nehmen, das heißt:

die Boykotte provozieren erst recht ein imperialistisches Verhalten des Boykottierten.

Da der Boykott eine über die japanisch-chinesischen Beziehungen hinausgehende Bedeutung hat — der Völkerbund sieht ihn in seinem Artikel XVI als Mittel vor, einen friedensstörenden Staat zur Raison zu bringen —, so wird es von Interesse sein, an Hand der Erfahrungen in China das Wesen dieser „friedlichen Waffe“ zu untersuchen. Das soll im Folgenden geschehen, wobei nicht nur wegen seiner Aktualität, sondern auch wegen seines Ausmaßes dem letzten Boykott (1931/32) besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll.

## Die japanisch-chinesischen Handelsbeziehungen.

Die Tabellen IV und V zeigen die Zusammensetzung der chinesischen Einfuhr aus Japan und der Ausfuhr nach Japan, wobei der Gesamtwert in Millionen Yen\* und außerdem der prozentuale Anteil am Gesamtumsatz für die wichtigsten Handelsartikel angegeben sind.

Tabelle IV: Chinesische Einfuhr aus Japan 1930. (Gesamtwert: 403 Millionen Yen.)

	Millionen Yen	Anteil am Gesamtumsatz in Prozenten
Baumwolltextilien . . . . .	120	29,8
Raffin. Zucker . . . . .	25	6,2
Papier . . . . .	28	7,1

Die Angaben dieser, sowie der nachfolgenden Tabelle beziehen sich auf China mit Einschluß der britischen Kolonie Hongkong.

Tabelle V: Chinesische Ausfuhr nach Japan 1930. (Gesamtwert: 284 Millionen Yen.)

	Millionen Yen	Anteil am Gesamtumsatz in Prozenten
Ölkuchen . . . . .	65	23,0
Bohnen und Erbsen . . . . .	48	16,9
Rohbaumwolle . . . . .	22	7,7

Wie aus den beiden Tabellen hervorgeht, ist das Verhältnis zwischen Japan und China, durchaus wie das zwischen „Mutterland“ und Kolonie.

Japan führt nach China Industriewaren des täglichen Bedarfs aus, während China landwirtschaftliche Rohstoffe, beziehungsweise bearbeitete Rohstoffe (wie Ölkuchen) liefert. Im Hinblick auf einen Boykott könnte man daher vermuten, daß das Wirtschaftsleben durch Stilllegung des Handels sehr schwer getroffen werden müßte (weil eben beide Länder aufeinander angewiesen sind), und zwar müßte Japan schwerer leiden, weil ein Industrieland dank der größeren Kompliziertheit seiner Wirtschaft empfindlicher ist als ein Agrarland.

\* Die meisten der in diesem Aufsatz benutzten statistischen Angaben entstammen japanischen Quellen und sind daher in der japanischen Währung (Yen) angegeben. Der Grund hierzu liegt in der Geflohenheit der chinesischen Seozollstatistik, Hongkong als ein selbständiges „Land“ zu betrachten, so daß die über Hongkong nach China gelangende japanische Ware nicht mehr als solche zu erkennen ist. Für unsere Zwecke ist daher die Benutzung japanischer Statistiken vorzuziehen.

Nun kommt aber ein besonderer Umstand hinzu, der für Japan einen außerordentlichen Vorteil bedeutet und von ihm auch bewußt und planmäßig herbeigeführt worden ist: die sehr enge wirtschaftliche und politische Verbundenheit zwischen Japan und dem als Mandchurei bekannten Teil von China (die Fläche der Mandchurei ist so groß wie etwa ein Viertel des eigentlichen China, sie hat jedoch eine Bevölkerung von nur 24 Millionen, gegenüber von 450 Millionen im China südlich der Großen Mauer). Wie aus der Tabelle VI zu ersehen ist, vereinigt die Mandchurei fast ein Drittel der Einfuhr und annähernd 60 Prozent der Ausfuhr, so daß ihr Verhalten zum Boykott sehr wesentlich dessen Schicksal bestimmt. Nun pflegt aber die Mandchurei von den Boykottbewegungen nur sehr wenig erfaßt zu werden, oder sogar, wie das während des Boykotts 1928 bis 1929 gewesen ist, den Handel mit Japan zu steigern. Besonders im Hinblick auf die Ausfuhr der landwirtschaftlichen Rohstoffe (Bohnen und Ölkuchen), an der die Mandchurei stark beteiligt ist, ist der politische Einfluß Japans in diesem Teil von China von weittragender Bedeutung und dafür verantwortlich zu machen, daß die Boykotte verhältnismäßig wirkungslos bleiben.

Im Folgenden sei die geographische Verteilung der japanisch-chinesischen Handelsbeziehungen durch eine Tabelle dargestellt. Teilt man China in vier Gebiete, nämlich Mandchurei, Nord-, Mittel- und Süd-China (mit Einschluß Hongkongs), so ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle VI: Geographische Verteilung des japanisch-chinesischen Handels 1930.

	Einfuhr in Mill. Yen	in Prozenten	Ausfuhr in Mill. Yen	in Prozenten
Mandchurei . . . . .	122	30,1	167	58,8
Nord-China . . . . .	79	19,5	52	18,3
Mittel-China . . . . .	147	36,3	65	22,9
Süd-China . . . . .	57	14,1	—	—
Insgesamt . . . . .	405*	100	284	100

\* Die Abweichung von Tabelle IV rührt von der Abrundung der Zahlen her.

Während im eigentlichen China die japanische Einfuhr die Ausfuhr übertrifft, ist in der Mandchurei das Gegenteil der Fall. Daß im übrigen Mittel-China den größten Anteil an der Einfuhr hat, ist nicht weiter verwunderlich: es ist der für den Außenhandel am meisten aufgeschlossene Teil Chinas, der dank dem gewaltigen Yangtze-Kiang über eine einzigartige Handelsstraße verfügt. Schanghai, der Umladeplatz für den zentralchinesischen Handel, ist mit mehr als 50 Prozent am Gesamtaußenhandel beteiligt, so daß Japans Beteiligung eher als gering zu betrachten ist. (Fortsetzung folgt.)

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Erfurt: Sonnabend, 10. September, 20 Uhr, im Volkshaus, Johannesstraße, Hintergebäude. Thema: Die politische Lage nach dem Bürgerfrieden.

Göttingen: Freitag, 9. September, 20.30 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims, Thema: Die Diktatur der Junker und Generale. — Die Waffe der Arbeiterschaft. Redner: Karl Eckerlin (Kassel).

Freie Aussprache!

Eintritt frei!

Verantwortl. Schriftf. Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 26, Elisabethstr. 28/29.

## Sonnenblumen-Öl

kalt abgepreßt, daher wertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

5-kg-Kanne 5.50 RM ab hier. Kanne 1,— RM Pfand.

Vorauszahlung auf Postscheck-Konto Magdeburg 179 24 erbeten.

Frischkost-Reformhaus Magdeburg, O.-v.-Guericke-Str. 104.

## Kinder

zur Erholung und Erziehung nimmt kleines Seeheim. Sorgfältige freizeitleiche Erziehung bei sehr niedrigem Pflege Satz.

KUMMERT, Braderup/Sylt.

**BERLIN**

# KAMERA

Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987

Ab 6. September: **A. Room: Menschenarsenal**

Ein Russenfilm

Ferner: **Die Affen von Suchum**

Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Europa Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserate!

**Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate**

stellt schnell, sauber und billig her

**Oscar Wettig, Gelnhausen**

**Sprechapparate Koffer/Schallplatten/Schränke**

Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!

**Otto Pfothner, Weimar, Röhrstr. 40.**

## Die Regierung Schleicher-Japans

stützt sich nicht nur auf ökonomische Machtpositionen!

Um die ökonomischen und nicht-ökonomischen Machtpositionen dieser Regierung kennen zu lernen, ist es notwendig, die Grundlagen der heutigen Gesellschaftsordnung zu untersuchen.

In gedrängter, aber äußerst klarer Weise werden die Grundfragen des Gesellschaftslebens einfach und faßlich beantwortet in der Schrift:

## Öffentliches Leben.

Von Leonard Nelson.

35 Seiten / 0,60 M.

Aus dem Inhalt:

„Nur zwei Lager sind es, aus denen dem Recht seine Vorkämpfer entstehen können: Zu diesem Kampf ist zunächst berufen, wer selber um sein Recht zu ringen hat, um so mehr, je mehr es ihm geschmälert wird... sodann aber, wer am meisten zu opfern willens ist — die Entrechteten einerseits und die Gebildeten andererseits. Wir brauchen, nach einem Wort von Karl Marx, um die Gesellschaft zu erneuern, ein Bündnis der Leidenden und der Denkenden, der Wissenschaft und des Proletariats.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8 a. Postscheckkonto: Berlin 31342.

# Sondergerichtstechnik gegenüber nationalsozialistischen Mördern.

## Die Morde von Siemensstadt ungesühnt.

Hk. Die zweite Kammer des Berliner Sondergerichts (Vorsitz: Landgerichtsdirektor Marschner) verhandelte am Dienstag gegen den Ueberfall, den Nazis am 13. Juli in Siemensstadt auf Kommunisten verübten und bei dem die Kommunisten Grothe und Brechlin erschossen und andere schwer verletzt wurden.

Das Urteil: Der Hauptangeklagte Hermann, angeklagt wegen Totschlags in zwei Fällen und versuchten Totschlags in drei Fällen, wurde wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Der SA-Mann Gebauer erhielt wegen Beamtennötigung und Waffenmißbrauchs die gesetzlich vorgeschriebene Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis. Der NS-Betriebsrat und Sturmführer Kirsch erhielt wegen Widerstands gegen Polizeibeamte drei Wochen Gefängnis.

Das Urteil entsprach dem Antrag des Staatsanwalts.

### Der Hergang des Ueberfalls.

Am 13. Juli abends zogen Kommunisten in aufgelösten Gruppen, von einer Demonstration im Berliner Westen kommend, über den Nonnendamm in Siemensstadt nach Hause. Aus den Zeugenaussagen der unbeteiligten Spaziergänger geht hervor, daß Nazis die Türläden eröffnet haben, indem sie zunächst über einen Nachzügler der Kommunisten herfielen und ihn schwer verprügelten. Auf Grund der Zeugenaussagen der unbeteiligten Spaziergänger steht weiter fest, daß eine Horde Nazis, mit Schlaginstrumenten bewaffnet, aus der Voltastraße vom dortigen SA-Lokal herkommend, auf den Nonnendamm lief. Aus diesem Lokal war auch der Sturmführer Kirsch gekommen. All dies bestätigten die kommunistischen Zeugen, die ferner aussagen, daß aus einer weiteren Nebenstraße, von einem anderen SA-Lokal her, ebenfalls eine Horde Nazis auf den Nonnendamm gestürzt ist.

Der Ueberfall zog sich dann in der Marschrichtung der Kommunisten hin. Am Verwaltungsgebäude von Siemens fielen Schüsse, durch die Grothe und Brechlin getötet und drei andere Kommunisten verletzt wurden. Einer von ihnen, Kopetsch, hat einen Bauchschuß erhalten und liegt an einer Verklebung der bei der Operation herausgenommenen Därme noch schwer danieder.

### Wer ist der Mörder?

Für die Beantwortung dieser Frage liefern die Zeugenaussagen der neun Polizeibeamten zuverlässiges Material. Danach steht folgendes fest:

„Aus einer Gruppe Menschen, die vor dem Verwaltungsgebäude unter Bäumen im Dunkel standen, sind acht Schuß im Schnellfeuer den bereits 70 Meter entfernten Kommunisten nachgejagt worden. Diese Schüsse sind die einzigen, die bei dem Ueberfall überhaupt abgegeben wurden. Das Schnellfeuer wurde abgefeuert im Augenblick, als in gleicher Höhe auf der anderen Straßenseite aus dem eben eingetroffenen Flitzer die Polizeibeamten ausstiegen.“

Aus der Schutzengruppe löste sich sofort eine nach Osten fortlaufende Person. Ein Polizeibeamter stürzte bei der Verfolgung dieses Mannes, den er als den Täter im Verdacht hatte, und als der Beamte sich wiederaufrichtete, sah er ein Stück weiter östlich eine fortstürzende Person, die eine Bewegung machte, als würde sie etwas fort. Der Flüchtende entschwand dann dem Beamten aus den Augen. Ein anderer Beamter, der in diesem Moment von Osten, also dem Flüchtenden entgegenkam, hat dann einen über den Rasen nach Osten fortstürzenden Mann zwangsgestellt und als den NS Hermann festgestellt.

### Die Mordgruppe.

Die Gruppe unter den Bäumen (elf Nazis) sind sämtlich festgenommen worden. Sie hatten zum Teil Schlagwaffen in der Hand; ein ganzes auf dem Gerichtstisch liegendes Paket weiterer Schlagwaffen lag unter den Bäumen, wo die Gruppe verhaftet worden war und woher die Schüsse gekommen waren. Die acht Hülsen lagen — um etwa einen Meter seitwärts ausgeworfen — auf dem Bürgersteig. In dieser Gruppe befanden sich unter anderen die Angeklagten Kirsch und Gebauer. Kirsch hat verzweifelte Fluchtversuche gemacht, als er verhaftet werden sollte.

An der Stelle, an der der verfolgende Polizeibeamte die fortwerfende Bewegung des Flüchtenden gesehen hat, wurde einige Stunden nach der Tat beim Absuchen mit einem Schnellwerfer eine Pistole gefunden; von der der Schießsachverständige mit Sicherheit sagt, daß ihr sowohl die acht Hülsen als auch die in den Körpern von Grothe und Brechlin und im Fuß eines der drei Verletzten gefundenen Kugeln entstammen.

Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß 1. nicht mit Sicherheit erwiesen sei, daß der aus der Schutzengruppe sich lösende Flüchtende identisch sei mit dem Flüchtenden, der die Bewegung des Wegwerfens machte, und mit dem Flüchtenden, der als Hermann festgestellt wurde; daß 2. nicht ausgeschlossen sei, daß die erst einige Stunden nach der Tat gefundene Mordwaffe nicht fortgeworfen, sondern nach der Tat an den Fundort gebracht worden sei.

Zu Punkt 1 ist zu sagen, daß wegen der Dunkelheit niemand mit Sicherheit den Hermann als den Fortwerfer der Pistole erkannt hat. Für Punkt 2 sollte die anormale Versandung im Innern der Waffe einen Anhaltspunkt bieten.

Wir hätten gewiß nichts dagegen einzuwenden, wenn die deutschen Gerichte in allen Fällen, auch dann, wenn es gegen Kommunisten geht, die Strenge der Beweisführung verlangten, die das Berliner Gericht gegenüber Hermann verlangt hat.

### Keine Anklage auf Landfriedensbruch.

Die Schutzengruppe der Elf ist auf der Wache nicht in Haft behalten worden. Einer von ihnen, der Angeklagte Becker, ist inzwischen verschwunden, was also nicht vor Gericht. Eine Anklage wegen Landfriedensbruchs der für diese Gruppe zweifelsfrei erwiesen worden ist (schwere Bewaffnung; aus der Gruppe kamen die Schüsse), ist nicht

erhoben worden. Auch einige Nazis, die bei dem Vorgeplänkel beteiligt waren und mit Sicherheit von den unbeteiligten Zeugen als Verprügelter des Kommunisten Kloth erkannt worden waren, standen nicht unter der Anklage des schweren Landfriedensbruchs, sondern fungierten als Entlastungszeugen. Ein Kommunist versicherte glaubwürdig, gesehen zu haben, daß Kirsch einen Genossen mit einer Latte geschlagen hat. Derartige Feststellungen ließ der Vorsitzende beiseite mit der Bemerkung:

„Aber Kirsch ist nicht deswegen angeklagt.“

Die Mörder von Siemensstadt verdanken also ihre Straflosigkeit in erster Linie der Anklagebehörde, die eine Anklage wegen Landfriedensbruchs weder gegen die einwandfrei und namentlich festgestellte Schutzengruppe noch gegen die am Vorgeplänkel beteiligten und mit Namen genannten Schläger erhoben hat.

Das ist um so auffälliger, als die neun Polizeibeamten eine ausgezeichnete Vorarbeit geleistet hatten. Die Exaktheit und Bestimmtheit ihrer Aussagen vor Gericht fiel auf. Mit dem Verhalten der Anklagebehörde hängt es wohl zusammen, daß eine Reihe der — zwar nicht durch die Schüsse, aber

durch Schläge oder durch Messerstiche — verletzten Kommunisten nicht einmal als Zeugen vorgeladen waren (Kempkens, Solowski, Ritter).

Es ist eine dringende Aufgabe der profetarischen Hilfsorganisationen (Internationale Hilfs-Vereinigung „Rote Hilfe“), sich einen Weg zu überlegen, in derartige Verhandlungen gegen nationalsozialistische Mörder einen linksstehenden Verteidiger hinzuzubekommen

— etwa, indem ein Geschädigter als Nebenkläger auftritt. So hätten sich wohl Wege finden lassen, die Anklageerhebung wegen Landfriedensbruchs zu erzwingen. Unverständlich bleibt aber, daß nicht wenigstens die wirklich Angeklagten wegen Landfriedensbruchs verurteilt worden sind.

Auf das Verhalten der nationalsozialistischen Zeugen hier einzugehen, würde zu weit führen; zusammenfassend läßt sich sagen: homungslose und freche Verlogenheit. Uns kam es hier darauf an, den Genossen Einblick zu geben in ein Stück unglaublicher Justiztechnik.

Der Vertreter der Anklage in diesem Prozeß war Staatsanwaltschaftsrat Mittelbach, ein Herr mit Monokel, den man auf dem Flur im trauten Gespräch mit dem bakenkreuzgeschmückten „Angriff“-Berichtersteller sehen konnte. In seinem Plädoyer behauptete er, die Schuld läge auf beiden Seiten! Dabei war das einzige, was gegen die Kommunisten ausgesagt wurde: daß sie durch Rufe provoziert hätten und daß — dies wurde von einem Zeugen gesagt — ein unerkannter Kommunist einen Stechbeutel über eine Mauer fortgeworfen habe. Was die Rufe angeht, so steht es sicher fest, daß die aus den Nebenstraßen von den SA-Lokalen anrückenden Trupps nicht durch ein paar Rufe auf dem Nonnendamm alarmiert worden sind.

## Die Schuldfrage im Ohlauer Prozeß.

Wir haben gestern berichtet über die Zwangsaufgabe, die Herr Dr. Bracht in Berlin sechs Zeitungen (im ganzen Reich sollen es etwa 25 sein!) geschickt hat.

Der „Vorwärts“ hat durch den Verteidiger der Angeklagten in dem Ohlauer Prozeß, Dr. Braun (Magdeburg), eine Antwort an Bracht gegeben, der wir die Stelle entnehmen, die sich darauf bezieht, daß das „Reichsbanner“ den Angriff auf die Nazis geplant habe, da es ja nicht gewußt habe, daß Angriffe durch Nazis erfolgt seien, sich also auch nicht provoziert gefühlt haben könnte. Dr. Braun schreibt zu diesem Punkt:

„Unrichtig ist die Behauptung des Urteils, daß den Angeklagten von den Ausschreitungen der Nationalsozialisten nichts bekannt gewesen sei. Mehrere Zeugen der Staatsanwaltschaft haben eidlich bekundet, daß die Reichsbannerleute erst ausgezogen sind, als ihnen gemeldet wurde, daß ihre Leute überfallen würden. Der zweite Marsch des Reichsbanners, in dessen Verlauf es zu den Schießereien gekommen ist, wurde nach den eidlichen Zeugenaussagen ausgelöst durch die Nachricht von der Erschießung zweier Frauen in der Oderstraße. Das Urteil greift aus dem umfangreichen Beweismaterial willkürlich eine einzige Bemerkung heraus und läßt alles übrige entgegengesetzte Material unbeachtet. Auf solche Weise läßt sich natürlich mit Leichtigkeit die völlig abwegige Behauptung aufstellen, das Reichsbanner habe von vornherein Angriffsabsichten gezeigt! Zweimal ist das Reichsbanner ausgezogen.“

Das erste Mal, als die Nationalsozialisten in den verschiedensten Gegenden der Stadt Ueberfälle ausgeführt hatten; das zweite Mal, nachdem die Breslauer SA die beiden Frauen niedergestreckt hatte. Jedesmal bedurfte es eines solchen Anlasses, um das Reichsbanner zum Auszug zu veranlassen.“

Der Verteidiger, der sich im übrigen scharf gegen die Einführung der Sondergerichte wendet, erklärt durch mancherlei Tatsachen der Prozeßführung die merkwürdige Behandlung der Angeklagten in Ohlau und die nachfolgende mehr als merkwürdige Behandlung der linken Presse, die sich erlaubt hat, ein richterliches Urteil für ein Fehlurteil zu halten und dafür damit bestraft wird, die Gründe für dieses Fehlurteil auch noch abgedruckt. Ueber die Behandlung der Angeklagten und ihres Verteidigers schreibt dieser:

„Infolge der überstürzten Terminanberaumung war keine Gelegenheit gegeben, den Akteninhalt mit den Angeklagten zu besprechen. Auch während des Prozesses konnte dies nicht nachgeholt werden. Der Vorsitzende verbot die Unterredung der Angeklagten mit den Verteidigern während der Verhandlung. Die Verhandlung nahm den ganzen Tag in Anspruch. Am Abend erklärte die Gefängnisverwaltung, eine Besprechung mit den in Haft befindlichen Angeklagten sei aus dienstlichen Gründen nicht möglich.“

Und in diesem Fall ist Preußens kommissarischer Innenminister so überempfindlich? Das war kein Heldenstück, Herr Bracht!

## „Reichstag, greif an!“

Auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, die Verordnung des Reichspräsidenten „zur Behebung der Wirtschaft“ vom 4. September und die auf Grund dieser Verordnung erlassene Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September außer Kraft zu setzen. Endlich hat auch der „Vorwärts“ eine Kampffarole gefunden: „Reichstag, greif an!“ Der Reichstag hat „die Pflicht, durch seinen Aufhebungsbeschluss den Kampf zu eröffnen“.

Nach der — daraufhin zu erwartenden — Reichstagsauflösung soll dieser Kampf dann „mit allen zulässigen und erfolgversprechenden Mitteln“ fortgesetzt werden!

Kein Wort über diese Mittel, kein Wort über die Aufgabe der Gewerkschaften, die, da es sich um einen allgemeinen Lohnabbau handelt, die Pflicht hätten, „den Kampf zu eröffnen“, ja, die diesen Kampf längst hätten einleiten sollen.

Da im Reichstag SP und KP nicht die Mehrheit haben, gilt die Parole „Reichstag, greif an!“ nicht der Arbeiterschaft allein, sondern mindestens zugleich der „antikapitalistischen Mehrheit“, zu der die Nazis gehören. Die Eröffnung des Kampfes von dieser Mehrheit zu erwarten, daran glaubt die SP selber nicht, da Nazis und Zentrum zur Zeit Neuwahlen wie das höllische Feuer scheuen — und zwar mit gutem Grund. Außerdem kann die Regierung den Reichstag auflösen, ehe überhaupt über die Anträge abgestimmt worden ist.

Was aber geschehen soll, wenn kein Beschluß des Reichstages auf Aufhebung der Notverordnung zu Stande kommt, darüber schweigt der „Vorwärts“. Daß die Regierung sich helfen kann, wenn ein solcher Beschluß gefaßt wird, das gibt Herr Stampfer selber zu, daß sie nämlich zwar die erlassene Verordnung aufheben, sie jedoch mit kleinen Aenderungen sofort wieder in Kraft setzen kann.

Man sieht deutlich: die einzige Hoffnung der SP ist die auf eine Verstärkung ihrer Mandate in einem neuen Reichstag — der nach aller Voraussicht nicht kommt. Sie rechnen der Regierung vor, der Erlaß einer neuen Notverordnung, falls die erste im Reichstag zu Fall gebracht wäre, würde eine solche „menschliche Ungeheuerlichkeit“ darstellen, daß die „unversöhnliche Feindschaft einer großen Mehrheit des Volkes“ der Regierung gewiß sei, und daß diese ihre „rechtliche und moralische Situation noch weiter verschlechtern würde“.

Es ist gewiß richtig, die Aufhebung der Notverordnung im Reichstag auf alle Fälle zu verlangen, wie SP und KP es tun, schon um die Nazis zu zwingen, Farbe zu bekennen. (Diese Anträge haben aber in Wahrheit nur eine Bedeutung für den Kampf der Arbeiterschaft, wenn der außerparlamentarische Widerstand, vor allem durch die Gewerkschaften, organisiert wird.) Nur in Verbindung mit diesem Kampf haben parlamentarische Protestakte überhaupt noch einen Sinn.

## Nazi-Zentrum — Koalition wächst

Die Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum kommen langsam in ein immer ernsthafter aussehendes Stadium: Der Reichstagspräsident Göring hat nacheinander Herrn Dr. Brüning und Herrn Dr. Bell empfangen.

Offenbar will man für den bevorstehenden Besuch des Reichstagspräsidenten bei Hindenburg einige Tatsachen schaffen. Und wenn sie nicht mehr bewirken als eine Einigung zwischen Hindenburg, Nazis und Zentrum — dann ist das Zentrum sicher zufrieden; denn dann ist sein Wunsch erfüllt, die Finger mit in der Sache zu haben. Ob Pape dann allerdings bleiben kann, was er heute ist, ist fraglich. Denn nach der Brutskierung durch das Zentrum, das ihn vom Katholikentag eingeladen hat, bevor er eingeladen war, ist eine Einigung wohl nicht einfach. Immerhin wird auch daran eine Koalition nicht scheitern; denn auch Nazis und Zentrum haben sich gegenseitig bereits manche Liebenswürdigkeiten zugefügt.

Aus dem Leitartikel der „Germania“ vom 7. September geht wiederum hervor, daß das Zentrum bei seinen Verhandlungen mit den Nationalsozialisten das Ziel verfolgt, den „Konflikt zwischen Reichstag und Reichsregierung“ ohne Reichstagsauflösung zu lösen und eine „arbeitsfähige Mehrheit“ im jetzigen Reichstage zu schaffen. (Aus Zentrum, NS und Bayerischer Volkspartei.) „Nur ein solches Ergebnis wäre eine Lösung.“ Das Zentrum wird daher mit allen Mitteln versuchen, zu verhindern, daß etwa die von SP und KP gestellten Anträge auf Aufhebung der Notverordnung im Reichstage eine Mehrheit finden. Die „Germania“ beurteilt darum die neue Notverordnung recht wohlwollend und erkennt an, daß die Regierung durch sie „die Entwicklung... so günstig wie möglich für die deutsche Wirtschaft zu gestalten sucht“. Eine bloße Tolerierung der Regierung durch das Zentrum dürfe man aber nicht erwarten; seine Aufgabe sei vielmehr, die jetzt vorhandene „negative Mehrheit“ im Reichstage in eine „positive“ umzuwandeln.

Was bei Gelingen dieses Versuches, dem die Verhandlungen mit den NS dienen, für das Zentrum herausspringen soll, wird natürlich sorgfältig verschwiegen. „Reif gewordene Reformen der Verfassung“ durchführen — natürlich nur mit „verfassungsmäßigen Mitteln“ — mehr wird vorläufig nicht genannt.

Die Vertreter der Gewerkschaften sind für Donnerstag zu Konferenzen im Reichsarbeitsministerium eingeladen, auf denen die weiteren Absichten der Regierung auf Grund der Vollmacht zur Reform der Sozialgesetzgebung besprochen werden sollen. Die Vertreter der Arbeitgeberverbände sind bereits für heute eingeladen.

„Der Reichswart“, die in Berlin erscheinende Nazi-Wochenschrift des Grafen Reventlow, ist mit sofortiger Wirkung vom Berliner Polizeipräsidenten bis zum 1. Oktober einschließliche verboten worden, „weil er eine grobe Beschimpfung und Verächtlichmachung des Reichspräsidenten abgedruckt“ hat.

# Oekonomische Begründung der Sozialversicherung?

Wir bringen im folgenden den Schluß unserer im dem Aufsatz: „Sozialversicherung, Krise, Kollektivismus“ (in Nr. 210) begonnenen kritischen Auseinandersetzung mit dem Sammelwerk: „Die wirtschaftlichen Funktionen der Sozialversicherung“ (Verlag des ADGB, 1932).

Was die ADGB-Theoretiker zur ökonomischen Verteidigung der Sozialversicherung gegenüber dem Unternehmerangriff „Krisenverschärfung!“ vorbringen, scheint uns allzu schwach; von einer besseren ökonomisch-theoretischen Grundlage aus könnte man viel wirkungsvoller von der Verteidigung der Sozialversicherung aus zum Angriff auf deren Gegner vorgehen. — Ihre eigene, zusätzliche, gewissermaßen nur für den Gebrauch unter Kollektivisten bestimmte Begründung: die Sozialversicherung sei ein Schritt vorwärts zum Kollektivismus, ist keine Begründung, sondern höchstens eine Anregung, über die Schwierigkeiten kollektivistischer Wirtschaft nachzudenken.

## 900 Milliarden Mark

Untersuchen wir dieses „wesentlich festere Fundament!“ Die „Menschenökonomie“ gründet sich auf folgenden „Anhaltspunkt“, den man gewinnt „an Hand der Berechnungen über den Kapitalwert der in Deutschland lebenden Menschen (Aufzugskosten, Ertrag der Lebensarbeit)“: „Ida Mayer hat diesen Wert neuerdings auf 900 Milliarden Reichsmark (gegenüber 300 Milliarden Reichsmark Sachkapital) geschätzt.“ (Seite 34.)

Unsere braven Ökonomen treten nun stolz vor den Unternehmer und rechnen ihm vor: „Für Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit wurden aber zum Beispiel 1930 von der Sozialversicherung 1 1/4 Milliarden Reichsmark ausgegeben. Es müssen enorme Kapitalwerte an Arbeitsfähigkeit sein, die mit dieser Summe jährlich der Wirtschaft erhalten und wieder zugeführt werden, Kapitalwerte, an deren Größenordnung man etwa herankommt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß — unter Verwertung der Ergebnisse Ida Mayers

## Die Reichweite ethischer und ökonomischer Kritik.

Daß „ethische Kritik“ von „wirtschaftlicher Kritik“ unterschieden werden muß, ist richtig. Die erste bezieht sich auf die Zielsetzungen (Seite 134), die andere auf die Auswahl von Mitteln zur Erreichung von Zielen. Die soziale Zielsetzung zu geben, das ist Sache der Rechtslehre als philosophischer Wissenschaft. Die Mittel zur Erreichung von Zielen aufzuweisen, das ist zum Teil Sache der Wirtschaftswissenschaft.

Wie weit führt nun die „volkswirtschaftliche Kritik“, wenn der Kritiker losgelöst von jeder sozialen Zielsetzung vorgeht und dabei Menschen mit ganz anderer sozialer Zielsetzung (in unserem Fall: Arbeitgeber) davon überzeugen will, daß sie falsch handeln?

Sich bei einem Ausflug über den nächsten Weg zu unterhalten, hat erst Sinn, wenn man über das Ziel der Wanderung einig ist. Genau das Gleiche gilt auch sonst in bezug auf Ziel und Weg oder Ziel und Mittel. Sozialisten können mit Vertretern des Kapitalismus in Ziel nicht einig sein. Es hat darum auch nur in beschränktem Umfange Zweck, sich mit ihnen über den wirtschaftlich besten Weg zu unterhalten.

Daß dies auch für den Sonderfall der Sozialversicherung gilt, zeigt die folgende einfache Ueberlegung:

**Für den einzelnen Arbeitgeber ist es sicher meist höchst wirtschaftlich, Arbeiter bei niedrigen Löhnen und niedrigen Sozialversicherungskosten rasch aufzubringen.**

Sogar für alle Arbeitgeber ist dies Verfahren innerhalb gewisser Grenzen (Erhaltung einer arbeitsfähigen Bevölkerung) wirtschaftlich, sofern sie nur die Aufzuchtkosten für neue Arbeiter den Arbeitern voll aufbürden können. Mit welchem ökonomischen Einwandgedanken die Ökonomen des ADGB eine solche ökonomische Beweisführung von Arbeitgeberseite zu widerlegen? Sie werden, auf ihr volkswirtschaftliches Wissen pochend, den Arbeitgebern auseinandersetzen, daß es doch volkswirtschaftlicher Unsinn ist, „Menschenkapital“ unrationell zu bewirtschaften. Die Arbeitgeber werden freundlich lächelnd von Volkswirtschaft reden und an ihre Privatwirtschaft denken und vor allem privatwirtschaftlich handeln. Wenn ein Arbeitgeber nun, trotz volkswirtschaftlichen Studiums, trotz intensiver volkswirtschaftlicher Belehrung durch die Gewerkschaftsvertreter, nicht volkswirtschaftlich denken will, sondern weiter privatwirtschaftlich denkt und dabei „Menschenkapital“ „verwirtschaftet“, wenn es nur nicht auf seine Rechnung geht, — werden dann unsere Ökonomen inkonsequent werden und jenen Arbeitgeber Verbrecher nennen und es daraufhin ablehnen, mit ihm zu diskutieren? Das wäre nicht schlecht! Doch da taucht für viele schon die Frage auf: Halten die ADGB-Theoretiker ihn für einen Verbrecher oder ist er einer? Wie soll man diese Frage beantworten, ohne das feste Fundament einer wissenschaftlichen Ethik?

Kurz: Die ADGB-Theoretiker erwarten von der Anwendung ihrer Methode zu viel.

Sie begrenzen die Diskussion mit den Arbeitgebervertretern auf das Oekonomische (Seite 5) und bemühen sich infolgedessen darum, dem Klassengegner nachzuweisen, daß durch seine kapitalistische Methode auch seine eigene Position untergraben wird. Es kann unter Umständen klug sein — nämlich dann, wenn die Macht fehlt, den Gegner zu zwingen —, an dessen eigene Interessen zu appellieren. Wer sich jedoch auf diese Methode beschränkt, wird in den Bemühungen, die Interessen der Kapitalisten besser zu wahren, als diese es von selber tun, stets ein schlechter Anwalt der Ausgebeuteten sein. Nicht Dummheit der Kapitalisten steht dem Sozialismus entgegen, sondern Mangel an gutem Willen für die Beseitigung des Unrechtes einzutreten.

Dieses Grundübel des kapitalistischen Systems kann nur in der ethischen Kritik aufgedeckt werden. Dazu stoßen die Verfasser des vorliegenden Buches nicht vor. Das riskieren sie nicht. Denn ihnen selber fehlt, was auch ihrer Beweisführung fehlt: die Grundlage der wissenschaftlichen Ethik. Sie halten diese Grundlage sogar für unmöglich und sagen, jede wissenschaftliche ökonomische Untersuchung wurzele in der Weltanschauung des Untersuchenden und es gäbe also keine „wertfreie Wissenschaft“ (Seite 5) auf dem Gebiete der Wirt-

Der Haupteinwand, den wir gegen die vorliegende Schrift zu machen haben, richtet sich dagegen, daß überhaupt die ökonomische Begründung so in den Vordergrund gerückt wird, wie es von seiten der ADGB-Theoretiker geschieht. Warum geschieht es?

Sie betonen zwar, „daß die auch vom kapitalistischen Staat praktisch anerkannte Verpflichtung zur Erhaltung und Förderung aller Arbeitsfähigkeit nicht nur rein ökonomisch begründet werden kann, sondern zugleich auch auf politischen und — in jeder Wirtschaftsform — auf ethischen Postulaten beruht“ (Seite 8).

Die ethischen Postulate stehen ihrer Ansicht nach aber auf zu schwankendem Grund. Sie meinen, daß „bereits mit der Begründung der Sozialpolitik vom Standpunkt der Menschenökonomie ein wesentlich festere Fundament errichtet ist, als es eine sich nur auf sozialetische Forderungen beziehende Begründung zu bieten vermag ...“ (Seite 112.)

## menschliches Kapital.

— bereits ein ungelerner männlicher Arbeiter von 15 Jahren an Aufzucht und Wert seiner künftig zu erwartenden Arbeitsleistungen ein Kapital von rund 32 000 Reichsmark darstellt.“ (Seite 34.)

Sie sagen dem Arbeitgeber ferner: „Menschenökonomie ist angesichts der Tatsache, daß in den Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt ihre Arbeitskraft anbieten, allein an Erziehungs- und Aufzuchtungskosten ungeheure Werte angelegt sind, kein Luxus- oder Humanitätsprodukt, sondern einfachste wirtschaftliche Zweckmäßigkeit.“ (Seite 112.)

Und sie meinen dabei: „Nicht ethische Kritik, sondern volkswirtschaftliche Kritik, die die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit als entscheidendes Kriterium gelten läßt, vermag diesen gegnerischen Standpunkt (die Produktions- und Absatzfähigkeit der Volkswirtschaft werde durch die Sozialversicherung beeinträchtigt, Rpt.) zu treffen.“ (Seite 113.)

## schafft; da sie meinen, durch die Wissenschaft könne keine Weltanschauung als richtig ausgezeichnet werden, müßten sie konsequenter Weise sagen: es gibt überhaupt keine Wirtschaftswissenschaft. Weil Weltanschauung für sie keine Sache wissenschaftlicher Diskussion ist, versuchen sie, sich auf Fragen ökonomischer Zweckmäßigkeit zu beschränken und „damit einen Bezirk zu schaffen, innerhalb dessen mit dem Gegner diskutiert werden kann“ (Seite 5), auch wenn er, eine andere Weltanschauung hat. Innerhalb dieses Bezirks kann man vielleicht krasse Fälle der Ueberanstrengung von Arbeitern als für die einzelnen Unternehmer unökonomisch erweisen. Aber weit kann man innerhalb dieses Bezirks nicht kommen, wie die vorhin angestellte Ueberlegung gezeigt hat.

Denen, die sagen, es gäbe keine wertfreie Wirtschaftswissenschaft und die sich dann doch einen kleinen Bereich wissenschaftlicher Diskussion schaffen wollen, in dem man unabhängig von der Weltanschauung, also von der Ansicht über Werte, sich über wirtschaftliche Fragen verständigen kann, antworten wir: Es gibt eine Wissenschaft von den Werten, es gibt eine wissenschaftliche Ethik. Natürlich übersteigt die Begründung den Rahmen dieses Artikels. Nur auf einer wissenschaftlichen Ethik aufbauend, kann man feststellen, welche ökonomischen Maßnahmen zum Beispiel auf dem Gebiet der Sozialversicherung ergriffen werden sollen.

Auch in diesem Einzelfall wird deutlich: **Jene Ökonomen können konsequenten Kapitalisten gegenüber ihre Forderungen auf Erhaltung der Sozialversicherung — von kraß liegenden Einzelfällen abgesehen — überhaupt nicht begründen.**

Uns bietet die von Nelson ausgebaute wissenschaftliche Ethik\*) auch in diesem Fall die „bessere Sicherheit“.  
Hellmut Rauschenplat.

\*) Man vergleiche die Zeitschrift „ISK“ und insbesondere: Nelsons „System der philosophischen Rechtslehre und Politik.“ Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14.

## Rohstoffpreise steigen.

**Aber: Riesenvorräte belasten noch immer den Markt.**

An allen Börsen der Erde steigen nicht nur die Aktienkurse, sondern auch die Preise der wichtigsten Rohstoffe. Die Nachfrage geht in der Hauptsache von Spekulanten aus, die auf eine Besserung der Weltkonjunktur spekulieren. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt am 7. September unter der bezeichnenden Überschrift „Gefährliche Metallhaushausse“: „Wohl hat der Konsum seine Käufe nicht gerade verringert, und das konnte er ja auch kaum noch, aber es muß mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß er bisher sowohl in Amerika als auch in Europa nur ganz wenig vergrößert hat und daß sich die ganze Aufwärtsbewegung sozusagen „außerhalb der Metallwirtschaft“ abspielt.“

Während der letztvergangenen fünf Wochen sind die Metallpreise im Durchschnitt um ein Drittel gestiegen. Eine natürliche Erholung der Preise kann erst erwartet werden, wenn der Konsum zunimmt und die Vorräte sinken. Welche riesige Vorräte noch auf dem Markt lasten, zeigt die folgende Tabelle:

	Weltvorräte an Rohstoffen.				
	(Stand Mitte des Jahres.)				
	1928	1929	1930	1931	1932
Zink (1000 t) . . . . .	42	34	110	147	143
Zinn (1000 t) . . . . .	16	24	43	53	50
Blei (1000 t) . . . . .	—	—	58	140	180
Kupfer (1000 t) . . . . .	53	75	288	375	600
Erdöl (Mill. hl) . . . . .	590	603	601	553	508
Steinkohle (Mill. t) . . . . .	5,848	2,958	13,988	19,663	21,492
Kautschuk (1000 t) . . . . .	263	294	425	546	653
Baumwolle (1000 t) . . . . .	1125	1015	1350	1717	1836
Rohseide (1000 t) . . . . .	6,26	6,71	12,83	12,60	14,19
Jute (1000 t) . . . . .	85	118	268	750	?

## Luxuriöses Leben als Pflicht!

Mit welch schweren Pflichten auch die oberen Zehntausend in New-York durch die zunehmende Not belastet werden, haben kürzlich die bekannten Bankiergattin, Frau Belmont, und Frau Alma Clayburgh gekundet.

Frau Belmont bezeichnete es einem Pressevertreter der „United Press“ gegenüber geradezu als einen Segen der Depression, daß durch sie die Nöte und Probleme der Armen den reichen Leuten nahegebracht und verständlich gemacht worden seien. Wer allerdings meint, daß diese Frau aus der neu gewonnenen Erkenntnis heraus auch den Schluß auf die Ungerechtigkeit einer Gesellschaftsordnung ziehen würde, die ein derartiges Elend verschuldet, irrt gewaltig. Immerhin entschloß sie sich doch noch zu verstärkter Arbeit in ihrem Komitee zur Unterstützung der Arbeitslosen und zu einem gewissen Verzicht auf Luxus.

Frau Alma Clayburgh dagegen sieht die Pflichten der Reichen in dieser Notzeit gerade in entgegengesetzter Richtung: in der Weiterführung des Luxus. Gewiß auch sie hat sich die nötige Betätigung auf dem Gebiete der Wohltätigkeit verschafft. Soll die Wohltätigkeit aber etwa so weit gehen, daß man auf den gewohnten Luxus verzichtet? Weit gefehlt!

„Wenn ich den verschwenderischen Aufwand der Reichen bei gesellschaftlichen Veranstaltungen sehe“, so belehrt Frau Clayburgh ihre Kollegin Belmont, „wird die Not der leidenden Arbeitslosen mir um so klarer. Aber auch Blumenhändler, Modezeichner, Kellner und Dienstboten müssen leben, und es würde die Lage nur verschlimmern, wenn man sie ihrer Verdienstmöglichkeiten berauben würde. Die reichen Leute New-Yorks haben auf die Kampagne der Arbeitslosenhilfe mit reichlichen Zeichnungen für den Achten-Millionen-Dollars-Hilfsfonds geantwortet. Jetzt müssen sie ihre Lebenshaltung weiterführen, um Arbeitsmöglichkeiten bei den Lieferanten von Luxusgegenständen zu schaffen. Viele Eltern nehmen große Opfer auf sich, um ihre Töchter möglichst in der üblichen Form in die Gesellschaft einzuführen. Sie tun dies, um ihren Kindern das zu geben, was sie zu erwarten gewohnt waren, nebenbei (!) aber auch, um keine Arbeitslosigkeit in den Hotels u. a. w. zu verursachen.“

Wir sehen, die amerikanischen Kapitalisten sind doch wieder einen Schritt weiter als ihre europäischen Kollegen. Während diese meinen, sie müßten ihren Vergütungen wenigstens den Mantel einer Wohltätigkeitsveranstaltung umhängen, haben die Amerikaner schon herausgefunden, daß

jedes festliche Gelage an und für sich schon ein Akt der Wohltätigkeit

ist. Dies gilt umso mehr, je verschwenderischer der betriebene Luxus ist, denn um so mehr Menschen werden ja dadurch in Arbeit gesetzt.

Handelt es sich bei dieser Beweisführung um einen kaum übersteigbaren Grad an Dummheit oder an Verlogenheit? Wir möchten beinahe das Letztere annehmen; denn wir können uns kaum denken, daß ein vernünftiger Mensch nicht weiß, daß die am Luxus ersparten Gelder, die etwa den Arbeitslosen direkt in Form von Unterstützung zu gute kämen, von diesen auch verbraucht und somit zur Beschäftigung anderer Arbeitsloser dienen würden.

H. Lm.

## LIECHTENSTEIN

**Das Steuerflucht-Paradies:** Liechtenstein hat eine Fläche von 159 Quadratkilometer (zum Vergleich: der Bodensee ist 539 Quadratkilometer groß, die Stadt Berlin 883 Quadratkilometer), Einwohnerzahl: 10 000, Zahl der Aktiengesellschaften: 25 000.

## DEUTSCHLAND

**Steigende Zinsbelastung:** Auf Grund einer Veröffentlichung des Konjunkturforschungs-Instituts vergleichen wir das Volkseinkommen mit der Zinsbelastung:

	Volkseinkommen	Zinsbelastung	Zinssumme in
	Milliarden	Milliarden	Prozent des
	Mark	Mark	Volkseinkommens
1928	75,4	6,3	8,4
1929	76,1	7,2	9,5
1930	68—70	6,9	10,0
1931	50—60	7,6	13,8
1932	?	6,2	?

Von Jahr zu Jahr ist der Anteil der Zinsen am Volkseinkommen gestiegen; trotz der Senkung der Zinsbelastung — vor allem durch die Notverordnung vom Dezember 1931 — wird der Anteil im Jahre 1931 kaum niedriger sein, weil das Volkseinkommen weiter geschrumpft ist.

**Abnehmende Konkurszahl:** Im August wurden 499 neue Konkurse (ohne die wegen Mangel an Masse abgelehnten Anträge) bekannt gegeben. Im Vormonat waren es noch 629. Die Zahl der eröffneten Vergleichsverfahren ist vom Juli zum August von 461 auf 386 zurückgegangen. — Bei der Verkrampfung der deutschen Wirtschaft darf man aus dem Rückgang der Konkursziffern keine optimistischen Schlüsse ziehen!

**Ruhrkohlenabsatz zurückgegangen:** Der arbeitstäglige Absatz des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats betrug im August nur 148 000 Tonnen gegenüber 156 000 Tonnen im Juli. Nach Mitteilung des Syndikats ist der Auslandsabsatz trotz des belgischen Bergarbeiterstreiks noch nicht gestiegen, da dort die Haldenbestände aufgebraucht werden.

## FRANKREICH

**Konvertierung von Staatsrenten:** Die Regierung hofft, etwa 80 Milliarden Francs (13 Milliarden Mark) Staatsrenten — in erster Linie die 7prozentige Anleihe von 1927 und drei Anleihen zu 6 Prozent — in niederverzinsliche Anleihen umtauschen zu können. Der Zinsfuß wird zunächst nicht unter 4,5 Prozent festgesetzt werden; die Absicht geht dahin, ihn stufenweise weiter zu senken.

## ENGLAND

**Steigende Monopolgewinne:** Die Calico Printers Association, eine Firma, die das Monopol hat auf das Bedrucken von Stoffen, schloß am 30. Juni ihr Geschäftsjahr mit einem Gewinn von 157 000 Pfund (2,3 Millionen Mark). Im Vorjahr machte sie einen Verlust von 175 000 Pfund. — Die Wendung ist zweifellos eine Folge der Pfundentwertung.